

Ratsbericht öffentlich 10.12.2013

Flüchtlinge



Die Verteilung von ausländischen Flüchtlingen im Landkreis Ammerland sieht nach § 1 Aufnahmegesetz für die Gemeinde Rastede eine Zuweisungsquote von insgesamt 70 Personen vor. Die Gemeinde Rastede ist somit verpflichtet, neben den bereits geduldeten 38 Flüchtlingen und Asylbewerbern noch 32 Personen aufzunehmen, wovon bereits 4 Personen aus Albanien eingetroffen sind.

Die Unterbringung ist dezentral und vornehmlich in Wohnungen der Ammerländer Wohnungsgesellschaft vorgesehen. Voraussichtlich wird die nächste Quote im Herbst 2014 festgesetzt werden. Im Bund wurden in diesem Jahr allein bis Oktober insgesamt 100.937 Asylanträge gezählt, 39.430 mehr als von Januar bis Oktober 2012, was einer Steigerung von 64,1 Prozent entspricht.

Ganztagsschulversuch Grundschule Kleibrok



An der Grundschule Kleibrok ist der Ganztagsschulversuch erfolgreich gestartet. Mittwochs nehmen 15 Kinder und donnerstags 18 Kinder des 1. und 2. Schuljahres am Ganztagsangebot teil. Der Antrag zur Einrichtung einer offenen Ganztagschule ab dem Schuljahr 2014/2015 wurde beim Land gestellt.

Umbau der Sozialstation zu einer Kinderkrippe



Mit den Bauarbeiten zum Umbau der Sozialstation zu einer Kinderkrippe wurde vergangene Woche begonnen. Der Kostenaufwand für die Baumaßnahme einschließlich der Erweiterung des Spielplatzes und der Anlegung der Parkplätze wird sich gemäß Kostenschätzung auf etwa 245.000 Euro belaufen. Die Fertigstellung der Räume wird zum 1.2.2014 angestrebt.

Es wird der bisherige große Raum der Sozialstation durch eine Trennwand zu zwei Gruppenräumen umgebaut, durch eine weitere Trennwand werden zudem zwei Ruheräume geschaffen sowie der Sanitärbereich komplett erneuert. Außerdem wird durch Abriss einer Wand ein Bewegungsraum ermöglicht.

Bislang ist im Gebäude eine Gruppe mit 10 Kindern untergebracht. Nach dem Umbau werden 2 Gruppen mit jeweils 15 Kindern, insgesamt also 30 Kinder, dort Platz finden.

Internetbasierte Befragung Kindertagesstätten



Die Arbeit in den Kindertagesstätten war in einer der vergangenen Sitzungen des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses ein zentrales Thema, das in dem Beschluss mündete, die Verwaltung zu beauftragen, die pädagogischen Konzepte der Rasteder Kindertagesstätten abzufragen und gemeinsam mit dem Ergebnis der Umfrage zur Kundenzufriedenheit im Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss vorzustellen sowie zum besseren Kennenlernen der Kindertagesstätten eine Be-
reisung zu organisieren.

Inzwischen ist in Abstimmung mit dem Personalrat eine umfassende internetbasierte Eltern- und Mitarbeiterbefragung ausgearbeitet worden, die direkt nach den Weihnachtsferien starten soll.

Abgefragt wird unter anderem ein Meinungsbild zur pädagogischen Arbeit, zu den Rahmenbedingungen und zur Zusammenarbeit mit den Eltern.

Nach Auswertung der Aktion ist vorgesehen, die Politik in einer gesonderten Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses über das Ergebnis zu informieren und gleichzeitig die anderen Bestandteile des Beschlusses vorzustellen beziehungsweise zu erörtern.

Erschließung Herzogin-Ida-Straße



Die Arbeiten für die Ersterschließung im zweiten Bauabschnitt des Baugebietes Herzogin-Ida-Straße (B-Plan 93B) liegen derzeit voll im Zeitplan. Während im Bereich des Bebauungsplanes 93A die ersten Wohnhäuser inzwischen fertig gestellt und von den Bauherren bezogen worden sind, soll die Erschließung im Bereich des B-Planes 93B je nach Witterungslage bis Ende April fertiggestellt sein.

Anschließend könnte dann auch dort mit der Bebauung begonnen werden. Die Gesamtkosten für die Erschließung im B-Plan 93B belaufen sich auf rund 700.000 Euro.

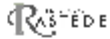
Erschließung Industriegebiet Hohe Looge



Die Bauarbeiten für die weitere Erschließung des Industriegebietes Hohe Looge befinden sich ebenfalls im Zeitplan und sollen voraussichtlich im April 2014 abgeschlossen sein. Die gesamten Baukosten für die Fortführung der bereits seinerzeit angelegten Stichstraße zur Firma Büfa belaufen sich auf rund 500.000 Euro.

Deckenprogramm 2013 - Hirtenweg

Deckenprogramm 2013 - Hirtenweg



Als letzte Maßnahme aus dem Deckenprogramm 2013 sollte unlängst der Hirtenweg in Nethen eine neue Asphaltdecke erhalten. Aufgrund einer fehlerhaften Zusammensetzung des Mischgutes ist der Einbau wie auf den Bildern gut zu erkennen nicht ordnungsgemäß erfolgt, sodass die Verwaltung die Maßnahme zunächst gestoppt hat. Die Wiederaufnahme der Arbeiten erfolgt im Frühjahr 2014. Das Abfräsen der bereits aufgebrachten Asphaltdecke sowie die Neuverlegung erfolgt zu Lasten des Auftragnehmers.

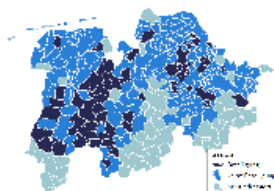
Alle weiteren Straßen im Deckenprogramm 2013 sind fertig gestellt.

Beteiligung an der KNN

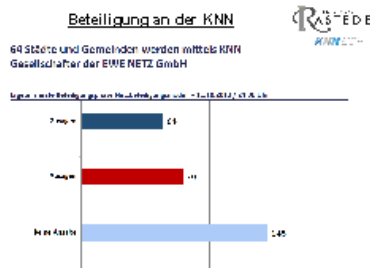
Beteiligung an der KNN



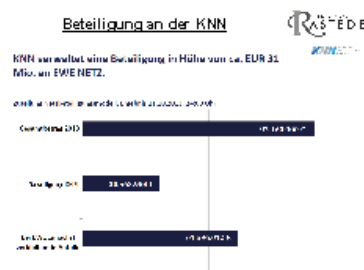
Die Beteiligung wurde erfolgreich bei 64 Kommunen platziert



Nachdem im Spätsommer der Rat den Beschluss gefasst hat, der Kommunalen Netzgesellschaft beizutreten, wurde dies durch entsprechend notariellen Vertrag am 11.10.2013 auch vollzogen.



Zu diesem Zeitpunkt lag die verbindliche Auskunft hinsichtlich der Möglichkeit der Bildung eines steuerlichen Querverbundes vor und zwischenzeitlich sind auch die Mittel bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgenommen worden.



Insgesamt haben sich aus dem Beitrittsgebiet von 288 möglichen Kommunen 64 beteiligt mit einem Gesamtvolumen von rund 30,5 Mio. €.



Es steht deshalb, wie der aufliegenden Folie zu entnehmen ist, jetzt die konstituierende Sitzung der KNN an, die bisher für Februar/März 2014 vorgesehen ist.

Die Verwaltung hatte bereits in der eingangs bei der Benennung eines Vertreters für die Versammlung der Kommanditisten behandelten Vorlage darauf hingewiesen, dass möglicherweise zusätzliche Personen für mögliche weitere Gremien innerhalb der KNN bzw. der EWE Netz zu benennen sind.

Hier ist jedoch zunächst das Ergebnis der konstituierenden Sitzung abzuwarten.



Man sieht aus den geplanten Veranstaltungen der einzelnen Gremien der EWE Netz für 2014, dass die Gesellschafterversammlungen der KNN immer jeweils kurz vor den Gesellschafterversammlungen der EWE Netz stattfinden und damit in den Turnus der dortigen gesellschaftsrechtlichen Veranstaltungen eingepasst werden.

Soweit hier keine andere Meinung vorgetragen wird, wird die Verwaltung bei Bedarf über die dortigen Veranstaltungen berichten.